

# Der Armee-Ukraine-Deal ist ein Coup der Frauen

**Die Köpfe hinter dem Milliardenpaket** Eine Gruppe von Parlamentarierinnen hat den Kompromiss eingefädelt, mit dem die Aufrüstung des Militärs und die Ukraine-Hilfe finanziert werden sollen. Die schärfsten Kritiker sind Männer.

**Adrian Schmid**

Weder ein Oberst war nötig noch ein Hauptmann: Ausgerechnet ein Team von Frauen aus dem Mitte-links-Lager hat den Armee-Ukraine-Deal geschmiedet, der seit dieser Woche in Bundesbern für Wirbel sorgt. «Wir Frauen sind vielleicht besonders sensibilisiert, wenn es um Krieg und humanitäre Hilfe geht», sagt die Zürcher Mitte-Nationalrätin Yvonne Bürgin, die beteiligt war. Ihr Sohn wird im nächsten Jahr in die Rekrutenschule einrücken. «Wenn ich höre, dass die Armee nicht einmal genügend Schutzwesten hat, gibt mir das zu denken.»

**«Wir sind gewählt, um in Bern Lösungen zu finden»**

Der Plan sieht einen Fonds für Sicherheit und Frieden vor. Über diesen soll eine schnellere Aufrüstung der Armee bis 2030 finanziert werden. Dafür sind zehn Milliarden Franken vorgesehen. Dazu kommen fünf Milliarden für die Ukraine. Damit soll nicht nur der Wiederaufbau unterstützt werden, sondern auch die Instandhaltung überlebenswichtiger Infrastruktur. «Wenn mit unserem Geld kaputte Stromleitungen rasch repariert werden, kommen vielleicht weniger Flüchtlinge. Dann können wir sogar Kosten sparen», sagt Bürgin.

In den vergangenen Monaten wurden bereits einige Finanzierungsvorschläge präsentiert. Doch keine Idee ist bisher zum Fliegen gekommen. Der Armee-Ukraine-Deal hingegen fand diese Woche am Donnerstag in der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats eine Mehrheit.

Allerdings hagelt es seither Kritik – vorab von Männern aus SVP, FDP und selbst der am Deal beteiligten Mitte. Das Geschäft wird despektierlich als «Kuhhandel» bezeichnet. Die Gegner monieren die Vermischung von zwei sachfremden Themen. Zudem werde die Schuldenbremse ausgetrickst. Mitte-Ständerat Peter Hegglin warnte in den Tamedia-Zeitungen vor einer «Verluderung der Finanzpolitik».

Doch die Frauen geben sich kämpferisch. «Es wäre mir neu, dass die Schuldenbremse Raketen abwehren kann», sagt Mitte-Ständerätin Marianne Binder. Den Armeeeunterstützern werde auf dem Silbertablett eine Lösung präsentiert, um die Aufrüstung zu beschleunigen. «Das ist alles andere als ein Grund, in Schnappatmung zu verfallen.»

Wenn es um das Thema Armee geht, haben viele Männer

offenbar immer noch das Gefühl, sie seien den Frauen überlegen. Politikerinnen berichten regelmässig von entsprechenden Erlebnissen. Binder stellt jedoch klar: «Ich bin in der Lage, auch ohne militärische Diensttage den Ernst der Bedrohung abzuschätzen.»

Die Frauengruppe hat den Deal innerhalb kurzer Zeit aufgegleist. Mitte März ging es los. Wenig später gab es schon erste

Anträge in Kommissionen. Öffentlich wurden die Pläne aber erst diese Woche, als kurz vor dem Entscheid in der Ständeratskommission der «Blick» darüber berichtete. Die Frauen befürchteten bereits, sie könnten scheitern. Doch es kam anders. «Für mich ist das ein Paradebeispiel, wie politische Arbeit funktioniert», sagt SP-Ständerätin Franziska Roth. «Wir können uns nicht ständig hinter roten Linien

verstecken. Wir sind gewählt, um in Bern Lösungen zu finden.»

Neben Binder, Roth und Bürgin gehören auch Mitte-Ständerätin Andrea Gmür und SP-Nationalrätin Sarah Wyss zum Kern der Dealmakerinnen. Eine aktive Rolle spielte zudem GLP-Fraktionschefin Corina Gredig. Die zehn Stimmen der Grünliberalen im Nationalrat könnten in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse noch eine zentrale Rolle spielen. Gredig sagt, dass der Vorschlag mutig sei. «Wir bieten Hand zu einer Lösung. Bei der Ukraine-Hilfe und den Investitionen in unsere Sicherheit muss es jetzt vorwärtsgehen.»

**Schuldenberg von über 40 Milliarden droht**

Absehbar ist, dass sich der Bund mit dem neuen Fonds weiter verschulden wird. Schon jetzt liegt der Saldo des Amortisationskontos 27 Milliarden Franken im Minus. Die Eidgenössische Finanzverwaltung schreibt auf Anfrage, dass der Fonds für Frieden und Sicherheit nur dann «akzeptabel sein dürfte», wenn eine Rückzahlung der Schuld «innert weniger Jahre» erfolge. Bei anderen Fonds gilt eine Frist von sieben Jahren. Ohne eine entsprechende Regelung gebe es einen «Konflikt mit der Schuldenbremse». Man darf dies als skeptische Note aus dem Departement von Bundesrätin Karin Keller-Sutter werten.

Nun bekommt der Männerwiderstand aber bereits Risse. Mitte-Chef Gerhard Pfister will auf Anfrage zwar keine Stellung beziehen, dafür gibt SP-Co-Präsident Cédric Wermuth seine Unterstützung bekannt. Und selbst im Armeelager wird der Vorschlag teils begrüsst, und zwar vom Verband der Militärischen Gesellschaften von Präsident Stefan Holenstein. «Eine schuldenfreie Schweiz nützt in ernsthaften Krisenzeiten weder Europa noch der eigenen Bevölkerung», heisst es in einer Mitteilung.

«Die Schuldenbremse kann keine Raketen abwehren» (v. l.): SP-Ständerätin Franziska Roth, Mitte-Ständerätin Marianne Binder und Mitte-Ständerätin Andrea Gmür. Fotos: Keystone



ANZEIGE

glo

CHF 49<sup>00</sup>



CHF 6<sup>00</sup>



Erhältlich auf glo.ch

Deutlich besserer Geschmack ab dem ersten Zug\*

NEW HYPER pro

\* Im Vergleich zum glo™ Hyper X2 [Standard-Modus].

Dieses Tabakerzeugnis kann Ihre Gesundheit schädigen und macht abhängig. Ce produit du tabac peut nuire à votre santé et crée une dépendance. Questo prodotto del tabacco può nuocere alla tua salute e provoca dipendenza.